

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid

am 20.06.2011

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz des Rates:

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Rolf Breucker
Ratsherr Ingo Diller
Ratsherr Gordan Dudas MdL
Ratsherr Jan Eggermann
Ratsherr Horst Eick
Ratsfrau Eveline Haue
Ratsherr Lothar Hellwig
Ratsfrau Karin Hertes
Ratsherr Stefan Hoffmann
Ratsfrau Evangelia Kasdanastassi
Ratsfrau Sandra Knoblauch
Ratsherr Steffen Kriegel
Ratsherr Bernd Schildknecht
Ratsfrau Nicole Schulte
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa
Ratsherr Michael Thielicke
Ratsfrau Ramona Ullrich
Ratsherr Jens Voß

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam
Ratsherr Oliver Fröhling
Ratsfrau Christel Gabler
Ratsherr Rüdiger König
Ratsherr Bernd-Rüdiger Lührs
Ratsfrau Susanne Mewes
Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer
Ratsherr Heinz-Rüdiger Ochel
Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde
Ratsfrau Britta Rogalske
Ratsherr Hansjürgen Wakup
Ratsherr Björn Weiß
Ratsherr Karsten Weller
Ratsherr Rüdiger Wilde

von der FDP-Fraktion:

Ratsfrau Brunhilde Gromball
Ratsherr Jens Holzrichter
Ratsherr Oliver Petrosch
Ratsfrau Anette Schwarz
Ratsherr Michael Wülfrath

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Erster Stellvertretender Bürgermeister Otto Bodenheimer
Ratsherr Hermann Morisse
Ratsfrau Kirsten Petereit
Ratsfrau Tanja Tschöke

von der Fraktion Lüdenscheider Liste:

Ratsfrau Angelika Linnepe

von der Fraktion DIE LINKE

Ratsherr Yasin Kut
Ratsherr Dietmar Skowasch-Wiers

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Stephan Haase
Ratsherr Peter Oettinghaus

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Dr. Wolfgang Schröder
Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler
Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen
Frau Petra Noack
Herr Martin Bärwolf

Herr Sven Haarhaus

Herr Hermann Scharwächter

Frau Aggi Thieme

bis zum Ende der öffentlichen
Sitzung
bis zum Ende der öffentlichen
Sitzung
bis zum Ende der öffentlichen
Sitzung
bis zum Ende der öffentlichen
Sitzung

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der SPD-Fraktion:

Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Stefan Pietzner
Ratsherr Jürgen Sager

von der Fraktion Lüdenscheider Liste:

Ratsherr Peter Biernadzki

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:45 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

2. Neustrukturierung der Verwaltung Vorlage: 121/2011

Ratsherr Fröhling erkundigt sich, wie die genannte Einsparsumme in Höhe von 500.000 € zustande käme.

Stadtkämmerer Blasweiler antwortet, dass sich die Verwaltung zunächst auf die Konzeption bezöge, die Horváth & Partner vorgestellt habe. Durch den derzeitigen dreistufigen Verwaltungsaufbau (Dezernenten, Amtsleitungen und Abteilungsleitungen) bestehe eine große Streuung der Führungsaufgaben. Durch eine Zusammenfassung der Führungsaufgaben könnten Synergieeffekte erzielt werden. Ausgehend von dem vorliegenden Fachbereichsmodell und der heutigen Personalstruktur würden zukünftig Führungspositionen entfallen sowie Neubewertungen dieser erfolgen. Nach Umsetzung sämtlicher Maßnahmen würden sich Einsparungen von ungefähr 500.000 € pro Jahr ergeben.

Ratsherr Fröhling fragt, in welchem Zeitraum die Einsparungen komplett realisierbar seien. Stadtkämmerer Blasweiler erwidert, dass sich dieser auf ca. 15 Jahre belaufen werde. Die Umsetzung werde je nach Ausscheiden von Führungspositionen schrittweise erfolgen. Er sagt eine entsprechende Übersicht zu, die aber nicht kurzfristig erstellt werden könne.

Ratsherr Holzrichter möchte wissen, ob der Aufbau des Modells, insbesondere die Anzahl der Säulen, Auswirkungen darauf habe, wann die Einsparungen in voller Höhe realisiert sein würden.

Stadtkämmerer Blasweiler verneint dies.

Bürgermeister Dzewas führt aus, dass er getrennt abstimmen lasse, da er zu Punkt 2 des Beschlussvorschlages kein Stimmrecht habe.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid folgende

Beschlüsse:

Die Neustrukturierung der Verwaltung wird beginnend zum 01.07.2011 entsprechend dem Organigramm, das der Vorlage beigefügt ist, umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	30
Nein-Stimmen:	17

Die Geschäftskreise der Beigeordneten werden entsprechend dem der Vorlage beigefügten Organigramm festgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	17

3. Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Lüdenscheid Vorlage: 118/2011

Auf Nachfrage von Bürgermeister Dzewas teilt Ratsfrau Linnepe mit, dass die Fraktion Lüdenscheider Liste den in ihrem Antrag aufgeführten Änderungsvorschlag zu § 7 Absatz 3 bezüglich der Festsetzung auf 20 Fraktionssitzungen pro Jahr, für die Entschädigungen gezahlt werden solle, zurückziehe.

Zu dem im Antrag aufgeführten Änderungswunsch zu § 10 Absatz 7 teilt Bürgermeister Dzewas folgendes mit:

- Der Gesetzgeber habe das Widerspruchsverfahren abgeschafft. Durch eine Kann-Regelung würde es durch die Hintertür wieder eingeführt und damit der gesetzlichen Regelung widersprechen.
- Kann-Regelung bedeute, dass zunächst jede Beschwerde angenommen und entsprechend bearbeitet werden müsse (Sitzungstermin anberaumen, Einladung, Verwaltungsvorlage). Erst in der Sitzung könne dann entschieden werden, ob über den Gegenstand beraten werde. Diese Entscheidung vorab dem Ausschussvorsitzenden zu überlassen, sei nicht möglich.
- Zusätzlich spiele der Zeitfaktor eine bedeutende Rolle, Rechtsmittelfristen lägen bei zwei Wochen und einem Monat. Der Beschwerdeführer müsse in jedem Falle seitens der Verwaltung konkret darauf aufmerksam gemacht werden, dass diese Fristen weiter wirksam blieben.
- Die jetzige Soll-Regelung bedeute nicht zwangsläufig ein Muss. Ein sehr eingeschränktes Ermessen sei möglich. Wenn es besondere Fälle gäbe, könnten diese auch im Beschwerdeausschuss beraten werden. Dieses könne dann in direkter Absprache zwischen dem Rats- und Bürgermeisteramt und dem Ausschussvorsitzenden geklärt werden.

Ratsherr Dudas, Vorsitzender des Beschwerdeausschusses, teilt mit, dass die SPD-Fraktion den Antrag ablehnen werde. Bei den Mitgliedern des Beschwerdeausschusses handle es sich nicht um Volljuristen. Verwaltungsrechtliche Angelegenheiten könnten nicht immer beurteilt werden. Die Fraktion Lüdenscheider Liste habe im Januar 2011 noch gefordert, den Beschwerdeausschuss aus Kostengründen aufzulösen. Er könne den Antrag daher nicht nachvollziehen.

Ratsfrau Linnepe führt aus, dass die Fraktion Lüdenscheider Liste den Beschwerdeausschuss durch die vorgeschlagene Bestimmung stärken wollten. Bisher gäbe es in der Regel nur eine Sitzung pro Jahr. Die meisten Beschwerden würden durch das Ideen- und Beschwerdemanagement der Stadt Lüdenscheid geklärt. Viele Bürger würden den Klageweg scheuen, da auch finanzielle Aspekte eine Rolle spielen würden.

Ratsherr Hellwig teilt mit, dass Verwaltungsgerichtsverfahren kostenfrei seien. Eine Anwaltspflicht bestünde nicht.

Ratsherr Holzrichter führt u. a. aus, dass die FDP-Fraktion dem Antrag nicht zustimme werde.

Ratsherr Fröhling teilt ebenfalls mit, dass die CDU-Fraktion den Antrag nicht unterstützen werde.

Anschließend lässt Bürgermeister Dzewas über den Änderungsantrag zu § 10 Absatz 7 der Lüdenscheider Liste abstimmen.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid stimmt wie folgt über den Antrag ab:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 1
Nein-Stimmen: 46

Ratsherr Haase kritisiert, dass das Stadtwappen, wie in § 1 Absatz 5 des Entwurfes der Neufassung der Hauptsatzung aufgeführt, nur von den Fraktionen nicht aber von Gruppen oder Ratsmitgliedern verwendet werden dürfe.

Er stelle daher zu § 1 Absatz 5 folgenden Änderungsantrag:

Die im Rat der Stadt Lüdenscheid vertretenden Fraktionen, **Gruppen und Ratsmitglieder** dürfen das Stadtwappen im Rahmen der Wahrnehmung der ihnen durch die Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW) übertragenen Aufgaben verwenden.

Bürgermeister Dzewas lässt über den Änderungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 2
Nein-Stimmen: 45

Anschließend lässt Bürgermeister Dzewas über den Entwurf der Neufassung der Hauptsatzung, die die vor der Sitzung schriftlich verteilten Änderungen beinhaltet, abstimmen.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst folgenden

Beschluss:

Die Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Lüdenscheid wird mit folgenden Änderungen im Entwurf des Satzungstextes (Anlage 1) beschlossen:

- In § 3 wird der neu eingefügte Absatz 5 c) gestrichen.

(Der Bau – und Verkehrsausschuss entscheidet über Grundstücksangelegenheiten, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung nach § 15 handelt.)

- § 7 Absatz 4 Satz 2 wird um das Wort „**oder**“ ergänzt:

Der Regelstundensatz und der Stundensatz für Personen, die einen Haushalt mit mindestens zwei Personen führen und nicht **oder** weniger als 20 Stunden je Woche erwerbstätig sind, betragen 10,23 Euro.

- In § 16 Absatz 3 c) wird
 - das Wort „selber“ durch „**selbst**“ ersetzt und
 - der Satz ergänzt um die „**zuständige Fachbereichsleiterin**“.

Vorlagen für den Rat und seine Ausschüsse unterzeichnet – sofern die Bürgermeisterin / der Bürgermeister nicht **selbst** für diesen Bereich zuständig ist – die / der zuständige Beigeordnete mit dem Zusatz „Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister – In Vertretung“ oder die **zuständige Fachbereichsleiterin** / der zuständige Fachbereichsleiter mit dem Zusatz „Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister – Im Auftrag“.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45
Nein-Stimmen: 2

4. Neufassung der Geschäftsordnung für die Sitzungen des Rates der Stadt Lüdenscheid und seiner Ausschüsse Vorlage: 112/2011

4.1. Neufassung der Geschäftsordnung für die Sitzungen des Rates der Stadt Lüdenscheid und seiner Ausschüsse/ 1. Ergänzung Vorlage: 112/2011/1

Ratsherr Fröhling schlägt zu § 13 „Niederschriften“ vor, auf den Postversand von Niederschriften grundsätzlich zu verzichten, da diese in das Ratsinformationssystem eingestellt würden. Es sollten nur die Rats- und Ausschussmitglieder die Niederschriften weiterhin in Papierform erhalten, die einen entsprechenden Antrag stellen würden.

Bürgermeister Dzewas weist darauf hin, dass in § 1 Absatz 3 aufgeführt sei, dass auf Antrag auf die schriftliche Zusendung der Unterlagen verzichtet und stattdessen auf elektronischem Wege über das Intranet des Ratsinformationssystems hierauf zugegriffen werden könne.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Fröhling teilt Bürgermeister Dzewas mit, dass diese Regelung auch für den Verzicht der Zusendung von Niederschriften gelte.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Neufassung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Lüdenscheid und seiner Ausschüsse wird mit folgender Änderung im Entwurf des Satzungstextes (Anlage 1) beschlossen:

- In § 18 Absatz 2 werden die Wörter „des Rates“ durch „**der Ausschüsse**“ ersetzt.

Die Mitglieder des Integrationsrates können an den nichtöffentlichen Sitzungen **der Ausschüsse** als Zuhörerinnen / Zuhörer teilnehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47

5. Befreiung vom Essengeld für Kinder in Tagesbetreuung / 1. Ergänzung Vorlage: 124/2011/1

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst nachfolgenden

Beschluss:

Mit Wirkung ab 01.08.2011 tritt folgende Regelung zur Befreiung bzw. Ermäßigung des Entgeltes für das Mittagessen in Kindertagesbetreuung in Lüdenscheid in Kraft:

Die Stadt Lüdenscheid übernimmt das Entgelt für das Mittagessen in Kindertagesbetreuung für Eltern mit Wohnsitz in Lüdenscheid, :

1. die über Einkommen in Höhe der Stufe 1 der Elternbeitragsatzung (bis 17.500 €) verfügen oder die Grundleistungen nach § 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes beziehen, in voller Höhe.
2. die Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem Sozialgesetzbuch II, dem Sozialgesetzbuch XII oder die Wohngeld oder Kindergeldzuschlag erhalten, in Höhe von 1,00 € pro Mahlzeit.
Der verbleibende Betrag kann anstelle der Eltern durch die Zahlung der gesetzlichen Leistungen nach dem Regelbedarfsermittlungsgesetz (Bildungs- und Teilhabepaket) durch die zuständige Sozialbehörde an den Lieferanten des Mittagessens gezahlt werden. Dieser Personenkreis ist daher aufgefordert, die entsprechende Ermäßigung bei der für sie zuständigen Behörde zu beantragen.
3. denen die Belastung aufgrund der ermittelten Elternbeitragszahlung nach § 90 Abs. 3 SGB VIII nicht zuzumuten ist, auf Antrag in Höhe von 20 %. Sind für mehrere Kinder Entgelte für das Mittagessen zu zahlen, so übernimmt die Stadt Lüdenscheid für das zweite und alle weiteren Kinder die Hälfte des jeweiligen Entgeltes. Dies gilt auch, wenn für ein Geschwisterkind ein Essengeld in einer Kindertageseinrichtung eines anderen Trägers oder in einer Offenen Ganztagsgrundschule zu zahlen ist.

Für Kinder, die in städtischen Kindertagesstätten betreut werden, erfolgt die Übernahme durch Erhebung eines reduzierten Essengeldbetrages.

Für Kinder, die in Tageseinrichtungen der freien Träger der Jugendhilfe betreut werden, erfolgt die Übernahme auf Antrag der Eltern durch Zahlung des Ermäßigungsbetrages an den Träger der Einrichtung, bzw. den Lieferanten des Essengeldes.

Soweit für Kinder, die durch Kindertagespflege betreut werden, ein zusätzlicher Betrag für eine warme Mahlzeit von den Eltern zu zahlen ist, gelten die Ziffern 1. bis 3. sinngemäß.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45

Nein-Stimmen: 2

6. Erhöhung der Vergnügungssteuer für das Halten von Apparaten mit Gewinnmöglichkeit in Spielhallen
Vorlage: 107/2011

Stadtkämmerer Blasweiler führt aus, dass, wie bereits in der Sitzung des Hauptausschusses am 06.06.2011 berichtet, die Automatenaufsteller wirtschaftliche Daten einreichen wollten, damit die Erdrosselungswirkung diskutiert und verhandelt werden könne.

Der Verband der Automatenaufsteller habe in einem am 17.06.2011 eingegangenen Schreiben mitgeteilt, dass die zugesagten Zahlen der betroffenen Unternehmen voraussichtlich erst Anfang Juli übermittelt werden könnten. Daher würde um eine Verschiebung der Beschlussfassung über die Anpassung der Erhöhung der Vergnügungssteuersätze gebeten.

Der Verband habe aber ein wirtschaftswissenschaftliches Gutachten „Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Vergnügungssteuer auf Unterhaltungsautomaten mit und ohne Gewinnmöglichkeit“ eingereicht. Dieses könne aber nichts zur Klärung der eigentlichen Fragen beitragen. Allerdings sei in diesem Gutachten aufgeführt, dass es sich bei der Vergnügungssteuer um eine Aufwandsteuer handle. Der Aufwand entstände in dem Moment, wo derjenige, der an dem Automaten spiele, das Geld einwerfe. Dies bedeute, dass nicht der Automatenaufsteller sondern der Spieler besteuert würde. Dieser Sachverhalt sei auch durch das Verwaltungsgericht Düsseldorf bestätigt worden. Es sei daher rechtens, dass bei negativen Einspielergebnissen die Steuerfestsetzung auf Null erfolge.

Zusammenfassend stellt er dar, dass sich aus Sicht der Verwaltung keinerlei neue Sachverhalte ergeben hätten, die eine Verschiebung oder eine geänderte Beschlussfassung rechtfertigen würden.

Beigeordneter Theissen berichtet, dass aufgrund des Hinweises in der Sitzung des Hauptausschusses am 06.06.2011 bei einer Ortsbesichtigung durch das Rechts- und Ordnungsamt in dem entsprechenden Lokal ein steuerpflichtiger, aber nicht gemeldeter und genehmigter, Spielautomat stillgelegt worden sei.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Die erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Lüdenscheid wird in der als Anlage beigefügten Fassung erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47

7. Revitalisierung des Gemeindewirtschaftsrechts; hier: Anpassung der Gesellschaftsverträge
Vorlage: 095/2011

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Änderung des Gesellschaftsvertrags der STL GmbH wird zugestimmt.
2. Die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in der Gesellschafterversammlung der STL GmbH wird angewiesen, der Änderung des Gesellschaftsvertrags der STL GmbH zuzustimmen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, nach erfolgter Abstimmung mit der Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH und der Stadt Hagen, die weiteren Schritte für die Anpassung der Gesellschaftsverträge der Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH und der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47

8. Änderung der Satzung der Mark-E AG Vorlage: 108/2011

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Änderung der Satzung der Mark-E AG wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47

9. Teilaktualisierung des Einzelhandelskonzeptes der Stadt Lüdenscheid Vorlage: 120/2011

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die vorliegende Teilaktualisierung des gesamtstädtischen Einzelhandelskonzeptes der Stadt Lüdenscheid wird als Beurteilungs- und Entscheidungsleitlinie für zukünftige Ansiedlungswünsche und Planungen im Einzelhandelssektor beschlossen und ersetzt die entsprechenden Passagen des Einzelhandelskonzeptes von 2005.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47

**10. Einvernehmen zum Rettungsdienstbedarfsplan des Märkischen Kreises
Vorlage: 129/2011**

Ratsherr Holzrichter, Vorsitzender des Bau- und Verkehrsausschusses, teilt mit, dass der Entwurf des Rettungsdienstbedarfsplans nicht wie in den Vorjahren in dem für die Feuerwehr zuständigen Bau- und Verkehrsausschuss der Stadt Lüdenscheid beraten werden konnte. Inhaltlich lägen keine kritikwürdigen Punkte vor. Es könne aber sein, dass sich der Bau- und Verkehrsausschuss mit diesem Thema bezüglich des Personals noch befassen werde.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Stadt Lüdenscheid erteilt unter den genannten Einschränkungen ihr Einvernehmen zum Rettungsdienstbedarfsplan des Märkischen Kreises.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47

**11. Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Lüdenscheid / 2. Ergänzung
Vorlage: 047/2011/2**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes und den Aufbau eines Klimaschutz-Controllingsystems.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 46
Enthaltungen: 1

12. Jahresbericht 2009 und 2010 des ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten

Der Rat der Stadt Lüdenscheid nimmt die Jahresberichte 2009 und 2010 des ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten zur Kenntnis.

**13. Bewilligung von außerplanmäßigen Mitteln HJ 2011
hier: Breitenloher Straße (IR) und Horinghauser Straße (IR)
Vorlage: 126/2011**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Bei Produktsachkonto 120 010 040 - 7221304 – Breitenloher Straße (IR) – werden außerplanmäßige Mittel in Höhe von 51.800 € bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei 120 010 040 – 7221202 – Hochstraße (IR) –.

2. Bei Produktsachkonto 120 010 040 – 7221310 – Horinghauser Straße (IR) – werden außerplanmäßige Mittel in Höhe von 58.100 € bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei 120 010 040 – 7221202 – Hochstraße (IR) –.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47

**14. Bewilligung von außerplanmäßigen Mitteln HJ 2011
hier: Sanierung Brücke Am Kamp
Vorlage: 131/2011**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Bei Produktsachkonto 120 010 040 – 5221160/7221160 – Sanierung Brücke Am Kamp – werden außerplanmäßige Mittel in Höhe von 52.000 € bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge bei Produktsachkonto 160 010 010 – 4051000/6051000 - Kompensationsleistungen -.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47

**15. Umbesetzung in der Interessenvertretung für Menschen mit Behinderungen
Vorlage: 134/2011**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion wählt der Rat der Stadt Lüdenscheid

in die Interessenvertretung für Menschen mit Behinderungen:

Ratsfrau Heide-Marie Skorupa als ordentliches Mitglied anstelle des Ratsherrn Lothar Hellwig.

und

Ratsherrn Lothar Hellwig zum stellvertretenden Mitglied anstelle des Sachkundigen Bürgers Peter Dörnen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 46

16. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

Es liegen keine Bekanntgaben, keine Beantwortungen von Anfragen und Anfragen vor.

17. Genehmigung einer Dienstreise; Besuch des russischen Generalkonsulats in Bonn durch den Ersten Stellvertretenden Bürgermeister

Bürgermeister Dzewas teilt mit, dass eine Dienstreise für den Ersten Stellvertretenden Bürgermeister Bodenheimer für einen Besuch des russischen Generalkonsulats in Bonn am 21.06.2011, die er in Vertretung des Bürgermeisters wahrnehmen würde, genehmigt werden müsse.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst folgenden

Beschluss:

Die Dienstreise des Ersten Stellvertretenden Bürgermeisters zum russischen Generalkonsulat nach Bonn am 21.06.2011 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47

gez. Dzewas
Vorsitzender

gez. Marré
Schriftführerin